

Die eigenwillige Definition von „rechtsextrem“ von der Bundeszentrale für politische Bildung

Fassung vom 29. April 2016

Wie die seit 1963 mit diesem Namen etablierte Behörde (vom Gründungsjahr 1952 an hieß sie noch *Bundeszentrale für Heimatdienst*) den Begriff „rechtsextrem“ definiert, soll im Folgenden mit jeweils darauf folgenden Erläuterungen dargestellt werden. Festzuhalten sind an dieser Stelle schon mal die Ziele der *Bundeszentrale für politische Bildung* (im Folgenden mit *bpb* abgekürzt), die im *Münchner Manifest* vom 26. Mai 1997 konkretisiert wurden:

„Die Bundeszentrale hat die Aufgabe, durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.“

Interessant hierbei ist, dass lt. dem „Erlass über die Bundeszentrale für politische Bildung vom 24. Januar 2001“, in dem die Aufgaben der Bundeszentrale definiert sind, § 6 Abs. 1 besagt, dass die politisch ausgewogene Haltung und die politische Wirksamkeit der Arbeit der Bundeszentrale von einem aus 22 Mitgliedern des Deutschen Bundestages bestehenden Kuratorium kontrolliert werden. Wenn man sich nun vergegenwärtigt, welche Parteien den linksideologisch betriebenen „Kampf gegen rechts“ nicht nur mittragen, sondern auch propagieren, sollte jedem klar werden, wie es um die Qualität dieser „Kontrolle“ beschaffen ist. Wobei in diesem Zusammenhang der „Antipluralismus“ als einer der aufgeführten „Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen“ auf die eben erwähnten Propagandisten zurückfällt, bedeutet Pluralismus doch lt. gültiger Definition die „Koexistenz von verschiedenen Interessen und Lebensstilen in einer Gesellschaft“, wogegen sich gerade die als mustergültig aufführenden „Demokraten“ der Bundesrepublik und deren (bunten) Anhänger wenden, welche ein immer höheres Etat für den „Kampf gegen rechts“ benötigen bzw. fordern, um die Deutungs- und Meinungshoheit auf totalitäre Weise einzufordern.

Auf der Homepage der *bpb* ist als Erläuterung für den Begriff „Rechtsextremismus“ angegeben, dass dem Duden zufolge „ein (Rechts)-Extremist ein politisch extrem, radikal eingestellter Mensch“ ist. Das hört sich erst einmal für den unbedarften Leser alarmierend an, relativiert sich aber im Nachhinein – eine gewisse Offenheit und Ehrlichkeit vorausgesetzt, die man bei einem bevorzugt behandelten (links-ideologisch agierenden) Bundesbürger der BRD nicht erwarten kann und sollte. Weiter ist von der *bpb* zu lesen:

Als (rechts)extremistisch bezeichnet wird eine extreme, radikale politische Einstellung, die gezeigt, bezeugt, vertreten oder verfochten wird usw. Rechtsextremismus ist demnach Extremismus im Sinne der Ideologie der äußersten Rechten. Generell gilt: Rechtsextremisten lehnen die freiheitlich-demokratische Grundordnung ab und wollen – auch unter Anwendung von Gewalt – ein autoritäres oder gar totalitäres staatliches System errichten, in dem nationalistsches und rassistisches Gedankengut die Grundlage der Gesellschaftsordnung bilden sollen.

Den sog. „Rechtsextremisten“ wird also vorgeworfen, dass sie ihren politisch links angesiedelten Gegner nicht (nur) mit Wattebäuschchen bewerfen, selbst wenn dieser sich als geförderte paramilitärische Einheit der Bundesregierung jegliche Freiheiten nehmen darf, die auch darin besteht, politische Gegner zu attackieren.

SPD-Familienministerin Manuela Schwesig äußerte in dieser Hinsicht Ende Juni 2014 nicht nur ihr seltsames Demokratieverständnis, indem sie Linksextremismus als „aufgebauschtes Problem“ bezeichnete¹, sondern stellte zeitgleich auch ein neues „Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus“ vor. Ein Schelm, wer denkt, dass es hierbei einzig darum geht, die eigene Macht zu sichern...

Weiter geht es mit der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ - ein Begriff des deutschen Grundgesetzes, welches von jenen, die sich als „aufrechte und wehrhafte Demokraten“ sehen, offenbar entweder nicht gelesen wurde oder aber je nach Bedarf ignoriert wird. So ist gem. Artikel 1 GG die Menschenwürde unantastbar:

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen [Menschenrechten](#) als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des [Friedens](#) und der [Gerechtigkeit](#) in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Definiert man die *Würde des Menschen* nach dem Philosophen Immanuel Kant, besteht das Grundprinzip der Menschenwürde in der

- Achtung vor dem Anderen,
- der Anerkennung seines Rechts zu existieren und

¹ *DIE WELT* vom 30.06.2014; <http://www.welt.de/politik/deutschland/article129635099/Linksextremismus-ist-ein-aufgebauschtes-Problem.html>

- in der Anerkennung einer prinzipiellen Gleichwertigkeit aller Menschen.

Gegen diesen Artikel wird also allein schon mit dem ideologisch betriebenen „Kampf gegen rechts“ verstoßen, der sich in einer primitiven, gehässigen Art und Weise gegen sog. „Rechtsextremisten“ und „Nazis“ wendet, die als Regime-Kritiker und -Gegner im „Rechtsstaat“ BRD offenbar völlig willkürlich titulierte werden dürfen. In diesem Kontext verwundert es dann nicht, dass sich der linksextreme Blogger und für den *Spiegel* schreibende Journalist Sascha Lobo für eine willkürliche Definition von „Nazi“ einsetzt.¹ Geradezu normal ist es infolge seiner Haltung auch, dass Lobo in einem *Spiegel*-Beitrag vom Februar 2016 den Generalsekretär der CDU, Peter Tauber, dafür lobte, dass dieser auf der Mikro-Blogging-Plattform Twitter einen „Twitter-Nazi“ öffentlich als „Drecksnazi“ und dies als „Fortschritt von erfrischender Klarheit“ und „positive Entwicklung“ bezeichnete.²

Wer in der BRD also (als Linker) die Nazi- und Auschwitz-Keule schwingt, darf sich offenbar alles erlauben - was auch nicht verwundert, da das Fundament der BRD Auschwitz ist und die Interessen der Deutschen eine untergeordnete Bedeutung haben.

Der 2. Absatz des 1. Artikels soll lt. Wikipedia als „Reaktion auf die menschenverachtenden Ereignisse des Zweiten Weltkrieges, mit dem ethisch und moralisch fundamentalen Hintergedanken, dass sich diese niemals wiederholen sollen“, verstanden werden - wobei in dieser Hinsicht noch längst nicht das letzte Wort gesprochen ist vor dem Hintergrund, dass der Sonderparagraph §130 StGb (auch als Maulkorb- und Gummiparagraph bekannt und benannt) eine freie Debatte und Erforschung des zugrunde liegenden Gegenstands verhindert, was wiederum eine freie Interpretation derer ermöglicht, die davon profitieren. Es besteht somit eine ungünstige Konstellation, die zu ideologischem (Macht-)Missbrauch einlädt. In diesem Zusammenhang findet der dritte Absatz des 1. Artikels keine Anwendung bei Zweiflern jener „offenkundigen Tatsache“, die den meisten als „Holocaust“ bekannt ist und deren Zweifler der Öffentlichkeit fälschlicher- und irreführenderweise als „Holocaust-Leugner“ vorgeführt werden (dazu später mehr).

Ein deutlicher Verstoß gegen das Grundgesetz, an das die BRD-Vertreter der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ sich zu halten vorgeben, ist im Artikel 3 GG ersichtlich:

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Der „Kampf gegen rechts“ macht deutlich, dass in der BRD Menschen sehr wohl aufgrund ihrer politischen Anschauungen benachteiligt werden, was auch niemand (der linken Ideologie Anhängern und deren „neutrale“ Zuspäher) damit rechtfertigen kann, dass „Rechtsextremisten“ sich nicht auf das Grundgesetz berufen können, würde dies doch eine totalitäre Gesinnung an den Tag legen, bei der auch eigenmächtig Begriffe wie „Freiheit“, „Gerechtigkeit“ und „Courage“ des eigenen Vorteils wegen (um-)definiert werden...

Die von der *bpb* erwähnte „extreme, radikale politische Einstellung, die gezeigt, bezeugt, vertreten oder verfochten wird“, ergibt sich als Widerspiegelung jener von der „demokratischen“ Seite propagierten extremen, radikalen politischen Einstellung im Sinne der Ideologie der äußersten Linken, vor deren Gewalt üblicherweise jedes Jahr aufs Neue gewarnt wird.

Dass in Anbetracht der derzeitigen Situation in der BRD die „Rechtsextremisten“ „ein autoritäres oder gar totalitäres staatliches System errichten“ wollten, kann nur als kurios bezeichnet werden, stellt doch gerade die BRD ein autoritäres und totalitäres Gebilde dar, das angeblich erst durch „Rechtsextremisten“ zu einem solchen werden soll...

Was an „nationalistischem Gedankengut“ negativ bzw. schlimm sein soll, bleibt zumindest auf der analysierten Seite der *bpb* ein Geheimnis. Von *Chauvinismus* jedenfalls ist da keine Rede, obwohl es sich lt. Definition (Wikipedia) nur hierbei um einen „häufig aggressiven Nationalismus“ handelt, „bei dem sich Angehörige einer Nation aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu dieser gegenüber Menschen anderer Nationen überlegen fühlen und sie abwerten.“

Ich weiß ja nicht, welche und wie viele Rechtsgesinnte die „Kämpfer gegen rechts“ kennen, aber mir ist kein einziger bekannt, der von einer Überlegenheit der deutschen Nation spricht, sich aber sehr wohl (und in legitimer Weise) für das deutsche Volk einsetzt, so wie sich auch Juden in legitimer Weise für ihr Volk einsetzen.

Was das häufig und gern propagierte „rassistische Gedankengut“ betrifft, verweise ich an dieser Stelle mit einer Fußnote auf eine Webseite, die die Thematik ausführlicher behandelt.³ In diesem Zusammenhang ist auch ein Artikel über

¹ *SPIEGEL ONLINE* am 11.11.2015; <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/internet-kommentare-immer-her-mit-der-nazikeule-kolumne-a-1062231.html>

² *SPIEGEL ONLINE* am 24.02.2016; <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/sachsen-des-poebels-kern-kolumne-von-sascha-lobo-a-1079046.html>

³ <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/04/19/der-begriff-rassismus-und-seine-politische-instrumentierung/>

Björn Höcke von der Partei AfD bzw. seine von den ideologisch gleichgeschalteten und hyperventilierenden Medien verbreiteten „rassistischen Äußerungen“ sehr interessant und lehrreich.¹
Weiter geht es mit dem nächsten Absatz von der *bpj*:

Das rechtsextreme Weltbild ist gekennzeichnet durch Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, völkische Ideologie, Antisemitismus, Geschichtsklitterung, einhergehend mit der Verherrlichung des NS-Regimes und Relativierung bis zur Leugnung des Holocaust, Diffamierung und Ablehnung des demokratischen Rechtsstaats und seiner Institutionen. Nach einer Definition des Bundesverfassungsschutzes ist "Rechtsextremismus in Deutschland nicht ideologisch homogen. Eine Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit und eine gegen den Gleichheitsgrundsatz gerichtete Fremdenfeindlichkeit sind allerdings bei allen Rechtsextremisten festzustellen."

Was an Nationalismus schlimm sein soll, bleibt weiterhin unbeantwortet. Die Absicht, für das eigene Volk einzutreten, ist offenbar nur bei Deutschen unerwünscht, denn Juden in Israel z. B. befürworten keine Masseneinwanderung, auch die Japaner hegen hierzu eine rigide Haltung. Dass die pathologische „Refugees Welcome“-Kultur der bunten „Anti“-Faschisten nebst „neutralen“ Sympathisanten ihren Ursprung im über Jahrzehnte indoktrinierten Schuld kult² der Deutschen hat, verdeutlichte einmal mehr der derzeitige Präsident vom „Zentralrat der Juden“, Josef Schuster, im Mai 2015: „Deutschland hat so viel Unheil über die Welt gebracht. Es steht bei so vielen Ländern tief in der Schuld – wir sind das letzte Land, das es sich leisten kann, Flüchtlinge und Verfolgte abzulehnen.“³

Noch viel eher verdeutlichte die Ursache für die wahrhaft pathologische Aufnahmebereitschaft von Millionen von Ausländern die amerikanische Historikerin und „Holocaust“-Dogmatikerin Deborah Lipstadt in ihrem Buch *Betrifft: Leugnen des Holocaust* von 1994, in dem sie auf Seite 260 schrieb: „Wenn das Land selbst einem ‘Verrohungsprozeß’ zum Opfer fiel und sich der Holocaust nicht von anderen tragischen Ereignissen abhebt, schwindet Deutschlands moralische Verpflichtung, alle aufzunehmen, die innerhalb seiner Grenzen Zuflucht suchen.“⁴

Israel selbst stemmt sich gegen Einwanderer, fordert aber Deutschland auf, diese in unbegrenzter Zahl aufzunehmen.⁵

Die sog. „Fremdenfeindlichkeit“ der Deutschen wird von den „anti“-faschistisch ideologisierten Vertretern der Massenmedien bis ins Unermessliche aufgebaut, während tatsächliche Inländerfeindlichkeit relativiert oder gleich ignoriert wird. Eine grundlose Abneigung gegenüber Ausländern mag zwar in Einzelfällen vorkommen, ist aber bei Weitem nicht Normalzustand in der BRD: Vielmehr wird eine Fremdenfeindlichkeit von der Antifa nebst ideologisch Nahestehenden („Neutralen“) suggeriert, um wieder mal den bösen Deutschen bei einer sich bietenden Gelegenheit hervorholen zu können.

Als am 12. Januar 2015 ein Asylbewerber aus Eritrea, Khaled Idris Bahray, einem Gewaltverbrechen zum Opfer fiel, erlangte dieser Fall überregionale Bekanntheit (wie in der BRD üblich), da zuerst über einen rassistischen Hintergrund spekuliert wurde - die sächsische Landtagsabgeordnete Juliane Nagel von der Linkspartei forderte von der Polizei, „eine mögliche rassistische Tatmotivation sorgfältig zu prüfen“. Die üblichen Mahnwachen und Gedenkmärsche von Tausenden von „Anti“-Faschisten und Gutmenschen fanden statt, um ein Zeichen für „Respekt und Toleranz“ zu setzen, etwa eine Woche später fand eine Gedenkdemonstration für Bahray unter dem Motto „Gegen den rassistischen Normalzustand“ statt. Am 22. Januar dann gestand Hassan S., ein 26-jähriger eritreischer Mitbewohner Bahrays, das Opfer erstochen zu haben. Während diesem Fall nun ein ziemlich langer Wikipedia-Eintrag gewidmet wurde⁶, ist zum Deutschen Dirk Wölke nichts zu finden⁷: Der 43-jährige Hörder war am ersten Weihnachtstag 2014 von Angehörigen tot in seiner Wohnung im Clarenberg gefunden worden. Dringend tatverdächtig war zu der Zeit ein 18-jähriger Asylbewerber, der erst im November 2014 in die Bundesrepublik Deutschland eingereist ist, um einen Asylantrag zu stellen. Natürlich erregte dieser Fall bei Weitem nicht jene Aufmerksamkeit wie die um Khaled, da die Deutschen in der von Alliierten besetzten Bundesrepublik Deutschland eine untergeordnete Rolle spielen.

Was die „völkische Ideologie“ betrifft, die einzig den Deutschen/Rechten in negativer Weise unterstellt wird, ist Wikipedia zu entnehmen⁸, dass es sich hierbei „um eine alte Ableitung von *Volk*“ handelt, „die seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts in der Sprache des Alltags, der Medien und der Politik von Bedeutung wurde“. Relevant ist der darauf folgende Teil: „*Völkisch* transportiert in seiner modernen Variante einen rassistischen Volksbegriff und ist stark antisemitisch konnotiert...“

Aus dieser dem modernen Zeitgeist entsprungenen Willkür heraus erfolgt die logische Schlussfolgerung, dass ein Jude, der sich für den Erhalt seines Volkes stark macht und damit auch für die Rasse, der er angehört, nicht völkisch denkt. Wie aber dann?

Im vom us-amerikanischen Politiker David Duke geschriebenen Buch *Der jüdische Extremismus - Wie ich die Bedeu-*

¹ <http://www.sezession.de/52631/bjoern-hoecke-notizen-zum-kontext-der-kontroverse.html>

² <http://www.blauenarzisse.de/index.php/anstoss/item/214-schuld-kult-nicht-ein-positives-wort-ueber-das-vaterland>

³ <https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2015/zentralrat-deutschland-hat-moralische-pflicht-zur-aufnahme-von-fluechtlingen/>

⁴ <http://germarrudolf.com/de/2016/01/sag-die-wahrheit-und-hol-dich-der-teufel/>

⁵ <http://newobserveronline.com/jews-no-limit-on-invasion-except-in-israel/>

⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Todesfall_Khaled_Idris_Bahray

⁷ <http://www.pi-news.net/2015/01/warum-kennt-eigentlich-jeder-khaled-bahray-aber-niemand-dirk-woelke/>

⁸ <https://de.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lkisch>

„*Die Judenfrage*“¹ schreibt Duke auf Seite 165: „[...] Doch die Zionisten wollten ein Heimland ohne größere nichtjüdische Minderheiten. Von Beginn an waren sie fest entschlossen, keine multikulturelle, pluralistische Demokratie der Art, die sie Amerika und dem Rest der Weißen Welt unentwegt aufschwätzen wollen, zu begründen. Sie peilten einen chauvinistischen, völkisch und religiös rein jüdischen Staat an, konnten die Katze jedoch erst aus dem Sack lassen, als sie in Palästina die Macht hatten. Untereinander waren sie sich stets darüber einig gewesen, dass sie ein auf ethnischer Grundlage fußendes Staatswesen schaffen wollten, und zwar eines, welches erstaunliche Ähnlichkeit mit jenem Staat aufwies, den sie mehr denn jeden anderen auf der Welt hassten: Dem Dritten Reich.“

Wo die Nazi-Keule geschwungen wird, ist die Antisemitismus-Keule als weiteres bewährtes Propaganda-Mittel der Gesinnungsdiktatur BRD und deren Vertreter nicht weit. Das Merk-Würdige hierbei ist, dass wie beim Vorwurf der „Holocaust-Leugnung“ die bloße Unterstellung - in diesem Fall die einer generellen Judenfeindschaft - ausreicht, ohne auf die Beweggründe des Einzelnen einzugehen bzw. eingehen zu wollen, der „Antisemit“ offenbar alle Juden der Welt gleichermaßen lieb haben muss und der Eindruck entsteht, dass es auf der Welt nur Juden gäbe, die ausnahmslos gute Menschen seien. Und diese heißen in der BRD für die Anhänger dieser Anetta Kahane und Michel Friedman - stellvertretend für alle (zionistischen) Juden, die den Schuld kult nähren und davon zehren - den „Zentralrat der Juden“ inbegriffen.

Eigentlich ist der Begriff „Antisemitismus“ falsch und irreführend, da er sich unter den Semiten auf die weit größere Gruppe der Araber beziehen müsste, während Juden unter ihnen nur einen sehr kleinen Bruchteil ausmachen. Die Befürworter dieses Wortes behelfen sich damit, dass jeder dennoch genau wisse, was damit gemeint ist...

Aber selbst wenn findige Philosemiten, die sämtliche Juden, deren Gedankengut mit dem eigenen übereinstimmt, für das eigene Seelenwohl (aber auch finanzielle Interessen) vereinnahmen, aus dem „Antisemitismus“ „Judenhass“ machen, ist das ein äußerst schwammiger Begriff, dessen Irrsinn man in analoger Weise verdeutlichen kann, indem eine Ablehnung z. B. deutscher Politiker wie Heiko Maas oder Claudia Roth als „Deutschenhass“ bezeichnet würde. Außerdem müsste man einem „Judenhasser“ in glaubwürdiger Weise belegen, dass er sämtliche Juden gleichermaßen grundlos ablehnen würde - was aber in aller Regel nicht der Fall ist. Ich kenne - mich eingeschlossen - keinen einzigen Nicht-Linken, der Juden wie Gilad Atzmon oder Gerard Menuhin ablehnt oder gar hasst. Es muss also zwangsläufig mit deren Auftreten und Äußerungen zu tun haben, die offenbar keinen Anlass geben, sich gegen diese Personen zu wenden. Menuhin meinte selbst mal, dass es keinen „Antisemitismus“ gäbe, wenn alle Juden so wären wie er bzw. seine Familie. Und er hat nicht nur in dieser Hinsicht völlig recht damit.

Als „Geschichtsklitterung“ wird in der BRD von konformer Seite die Kritik bzw. Ablehnung der offiziell vorgetragenen deutschen Geschichte - insbesondere die Jahre 1933 bis 1945 - bezeichnet, was eine ziemliche Anmaßung beinhaltet, da Geschichtsrevisionismus - ein eigentlich in der Geschichte ganz selbstverständlicher Vorgang - dämonisiert wird. Ich zitiere hierzu den deutschen Revisionisten und Chemiker Germar Rudolf²:

„Als Revisionismus bezeichnet man daher die Methode, alte Theorien und wissenschaftliche Behauptungen kritisch unter die Lupe zu nehmen, auf ihre Schlüssigkeit zu überprüfen, und zu erforschen, ob neue Beweise die alte Theorie womöglich widerlegen oder modifizieren. Der Versuch, alte, überlieferte Thesen und Vorstellungen zu prüfen und sie zu widerlegen versuchen, ist einer der Hauptbestandteile der Wissenschaft. Nur dort, wo man Behauptungen und Theorien den härtesten Widerlegungsversuchen aussetzen darf, kann man den Wahrheitsgehalt dieser Behauptungen und Theorien testen, kann man sich der Wahrheit annähern...“

U. a. im Buch *Widerstand ist Pflicht*, welches sich jeder kostenlos von Germar Rudolfs Homepage herunterladen kann³, schreibt Rudolf:

„Jeder, dem der Verdacht kommt, die Revisionisten wollten den Nationalsozialismus weißwaschen, rechte Regierungsformen wieder hoffähig machen oder den Nationalismus zum erneuten Durchbruch verhelfen, möchte ich folgendes erwidern:

Bei der Untersuchung historischer Ereignisse muß unsere oberste Richtschnur immer sein, daß wir herauszufinden versuchen, wie es wirklich war (frei nach dem großen deutschen Historiker des 19. Jahrhunderts, Leopold Ranke). Es sollte dem Historiker beispielsweise überhaupt nicht als Leitmotiv gelten, durch seine Forschung Dschingis Khan und seine mongolischen Reiterhorden mit Verbrechen zu belasten oder sie zu entlasten. Wenn nun aber jemand forderte, die Forschung dürfe Dschingis Khan nicht politisch und moralisch entlasten, so würde dies höchstens Hohn und Spott hervorrufen sowie den Vorwurf aufkommen lassen, das derjenige, der derartige absurde Forderungen stellt, wohl selbst von politischen Motiven geleitet wird. Anders wäre jedenfalls nicht zu erklären, warum jemand die Forderung aufstellt, unser Geschichtsbild von Dschingis Khan müsse für immer jenes sein, das seine Opfer und Gegner von ihm gezeichnet haben.

Gleiches gilt auch für Hitler und das Dritte Reich. Jeder Revisionist wie jeder Anti-Revisionist mag eine politische Auffassung haben wie er will. Der Vorwurf aber, die Revisionisten täten nur, was sie tun, um den Nationalsozialismus zu entlasten, und dies sei verwerflich oder gar verbrecherisch, ist ein Bumerang: Denn der Vorwurf setzt ja voraus, daß

¹ https://archive.org/details/DukeJuedischerExtremismus_201301

² Germar Rudolf, *Vorlesungen über den Holocaust - Strittige Fragen im Kreuzverhör*, Castle Hill Publishers, April 2005; eine aktualisierte und erweiterte Auflage des Buches kann als PDF-Version kostenlos heruntergeladen werden: <http://germarrudolf.com/de/germars-views/301-lectures-on-the-holocaust/>

³ Germar Rudolf, *Widerstand ist Pflicht*, Castle Hill Publishers; eine PDF-Version kann kostenlos heruntergeladen werden: <http://germarrudolf.com/de/2012/08/widerstand-ist-pflicht-online/>

es als unzulässig angesehen wird, den Nationalsozialismus historisch (und damit partiell immer auch moralisch) zu entlasten. Wer aber dies als unzulässig hinstellt, gesteht offen ein, daß er nicht daran interessiert ist, die Wahrheit herauszufinden, sondern den Nationalsozialismus historisch und moralisch zu belasten bzw. belastet zu sehen. Dafür aber kann man nur politische Gründe anführen. Somit hat sich derjenige, der den Revisionisten den Vorwurf der politischen Instrumentalisierung macht, selbst der politischen Instrumentalisierung des Themas überführt. Nicht die Revisionisten sind es also per se, die von politischen Motiven geleitet werden, sondern mit unumstößlicher Sicherheit all jene, die den Revisionisten vorwerfen, sie wollten eine längst vermoderte geschichtliche Gestalt, ein längst untergegangenes politisches System aus einer längst vergangenen Epoche irgendwie historisch entlasten.

Kurz: Uns hat bei unseren Forschungen nicht zu interessieren, welche Auswirkungen unsere Ergebnisse auf den moralischen 'Wert' eines verbliebenen Politikers und Regimes haben könnten, sondern nur die Fakten. Wer anderes meint, ist unwissenschaftlich, und niemand sollte sich anmaßen, über Dritte zu urteilen.“

Die von der *hpb* angekreidete „Geschichtsklitterung“ fällt also auf sie selbst und ihre Anhänger zurück, welche ganz offenbar eine unvoreingenommene Betrachtung aus ideologischen Gründen scheuen und daher den „Kampf gegen rechts“ forcieren, welcher für die regierenden Parteien offenbar unabdingbar ist und stetig mit finanziellen Mitteln aufgestockt werden muss, um die propagierte Gefahr brauner Schreckgespenster eindämmen zu wollen. Tatsächlich geht es um die Schaffung von Arbeitsplätzen für Systembegünstigte, die den Status Quo erhalten sollen und dafür entlohnt werden.

Das eben erwähnte Rudolf-Zitat demaskiert auch die suggerierte „Verherrlichung des NS-Regimes und Relativierung bis zur Leugnung des Holocaust“. Wann beginnt in diesem Zusammenhang denn eine sog. „Verherrlichung“? Und warum werden tatsächlich volksverhetzende Parolen wie „Bomber Harris do it again“ in der BRD nicht geahndet, während bloße geäußerte Zweifel an der „offenkundigen Tatsache“ erbarmungslos verfolgt und bestraft werden?

Per willkürlichem Strafgesetz (§130) soll vorgeschrieben werden, dass die deutsche Geschichte zwischen 1933 und 1945 immer und ausnahmslos als ein Horrorkabinett dargestellt werden muss und jede öffentliche Opposition gegen den masochistischen, selbsterstörerischen deutschen Bűberkult verhindert wird, womit wir nun bei der sog. „Leugnung des Holocaust“ angelangt sind - eine Phrase, die völlig irreführend und böswillig induzierend ist, weil damit bezeichnete „Holocaust-Leugner“ aufgrund ihrer ihnen als destruktiv unterstellten Absichten für vogelfrei erklärt werden.

Zum schon eben erwähnten Rudolf-Zitat kommt ein ziemlich interessanter Aspekt dazu, der sämtliche „Holocaust“-Apologeten und -Dogmatiker in Erklärungsnot bringen dürfte: Der bereits erwähnte jüdische Publizist Gerard Menuhin veröffentlichte im November 2015 ein Buch mit dem Titel *Tell the Truth & Shame the Devil!*, in dem er den „Holocaust“ als „größte Lüge der Geschichte“ bezeichnete und Adolf Hitler entlastete.²

Ein Auszug von eben erwähnter Seite in der Fußnote:

„Allein schon die Tatsache, dass man den jüdischen 'Holocaust' nicht in Frage stellen darf und dass jüdischer Druck demokratischen Gesellschaften Gesetze aufgezwungen hat, um unerwünschte Fragen zu verhindern – während derselbe angeblich unbestreitbare 'Holocaust' ständig propagandistisch aufgewärmt und der Glaube an ihn durch Indoktrinierung gefestigt wird –, verrät schon alles. Sie beweist, dass er eine Lüge sein muss. Warum wäre es denn sonst nicht erlaubt, ihn in Frage zu stellen? Weil dies die 'Überlebenden' beleidigen könnte? Weil es 'das Andenken an die Toten schmätzt?' Kaum hinreichende Gründe, um eine Diskussion zu verbieten! Nein; solche Gesetze wurden verabschiedet, weil die Entlarvung dieser größten aller Lügen Fragen über so viele andere Lügen nach sich ziehen und den Zusammenbruch des ganzen brüchigen Gebäudes heraufbeschwören könnte.“

Menuhins Buch ist bei Amazon Deutschland aufgrund des Gesinnungsparagraphen §130 (natürlich) nicht erhältlich, aber selbst die ausländischen Standorte von Amazon haben es boykottiert (siehe Bild) und sogar die Konten all jener geschlossen, die sein Buch zum Verkauf angeboten haben.

Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass die modernen Hexenjäger, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, auf Naaazi-Jagd zu gehen und sich als neuzeitliche Stasi-Akteure be(s)tätigen, Beißhemmungen haben, wenn es um nonkonform agierende Juden wie Gerard Menuhin oder andere geht. Dies bestätigt mich in meiner Annahme, dass es mit der von heutiger linker Seite edel anmutenden Vorgabe gegen einen „erneuten“ „Holocaust“ und für das Eintreten gegen „Nazis“ nicht weit her sein kann und wohl eher Selbstzweck als tatsächlich Antifaschismus ist, der sich normalerweise nicht ausschließlich gegen Deutsche richtet, wie es in der BRD der Fall ist. Der „Kampf gegen rechts“ richtet sich also gegen Deutsche, die sich für den Erhalt ihres Landes bzw. für dessen Souveränität einsetzen.

Was mit „Diffamierung und Ablehnung des demokratischen Rechtsstaats und seiner Institutionen“ gemeint ist, sollte sich jetzt eigentlich jeder Leser dieses Artikels aufgrund der ihm nun vorliegenden Informationen über den „Rechtsstaat“ und seine Institutionen denken können. Ein Staat, der Menschen aufgrund nonkonformer, friedlicher Ansichten, egal welcher Art, verfolgt, existenziell zerstört und inhaftiert und dazu sogar „Hilfssheriffs“ einsetzt, die bei der Denunziation missliebiger Systemgegner/-kritiker behilflich sind und mit dem ideologisch verlogenen „Kampf gegen rechts“ auch einen finanziellen Anreiz setzt (der 2017 auf 100 Mio. Euro gesteigert werden soll), kann objektiv sicherlich nicht als „Rechtsstaat“ bezeichnet werden. Wer aktiv dazu beiträgt und dazu auffordert, sog. „Leugner“ dingfest zu machen und mit einer einseitigen „Vergangenheitsbewältigung“ den totalitären Charakter des sich gegen Meinungs- und Forschungsfreiheit wendenden Gummi- und Maulkorbparagraphen §130 StGb stützt, sollte lieber nicht die fehlende Mei-

¹ <https://www.amazon.co.uk/Tell-Truth-Shame-Devil-2015/dp/193778729X/>

² http://concept-veritas.com/nj/15de/juden/25nja_die_luege_bebt.htm

nungsfreiheit in Ländern wie China erwähnen.

Während eine nationalistische Einstellung Deutscher im Alliiertenkonstrukt BRD verpönt ist und kriminalisiert wird, scheint eine solche bei Angehörigen anderer Völker offenbar kein Problem zu sein, was zu dem Resultat einer pathologischen Selbsterniedrigung der Deutschen mit gleichzeitiger Aufwertung Fremder führt, was in einem solchen Ausmaß wohl in keinem anderen Land der Erde der Fall ist. Wohlgermerkt: Es ist hier nicht von eingangs erwähntem Chauvinismus die Rede!

Ergänzend zu den bereits im Artikel über (angeblichen) Rechtsextremismus auf der Homepage der *bpb* erwiderten Antworten möchte ich anschließend noch in Kurzform auf einzeln vorgebrachte Punkte eingehen, die in der „Praxis des Verfassungsschutzes als Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen gewertet“ werden:

Ein „aggressiver Nationalismus, für den nur die deutschen Interessen als Richtschnur gelten und der andere Nationen als ‘minderwertig’ betrachtet“ - ich habe keine Ahnung, bei wem dies der Fall sein soll. Ich selber betrachte andere Nationen weder als minderwertig noch „minderwertig“, kenne auch keine anderen Gleichgesinnten, die so denken. Dafür stelle ich eine solche Denkweise oft bei zionistisch gesinnten Juden fest, was wiederum für die Anhänger eines eigenwillig konstruierten „Rechtsextremismus“ Anlass geben könnte, einen „Antisemitismus“ zu erzwingen.

Zum „Wunsch nach einer Volksgemeinschaft auf ‘rassischer’ Grundlage, die die Rechte des Einzelnen beliebig einschränkt und der pluralistischen Gesellschaft das Modell des ‘Volkskollektivismus’ (‘Du bist nichts, Dein Volk ist alles’) entgegensetzt“, verweise ich auf eine Seite mit einem Screenshot eines Videos, in dem eine Jüdin folgende Aussage tätigt: „Wir sind Rassisten, da wir unser Leben und unser Wohlergehen erhalten wollen. Daher bin ich stolz darauf, Rassistin zu sein! Und es ist unser Recht, Rassisten zu sein!“¹

Wer von den (antideutsch gesinnten) Philosemiten also Deutschen abspricht, ihr Leben und ihr Wohlergehen erhalten zu wollen und dies gleichzeitig Juden in aller Legitimität erlaubt, den nennt man wie?

Dass der in der BRD propagierte *Kampf gegen Rassismus* ein lohnenswertes Geschäft in einer übergeordneten, florierenden Antifa-Industrie ist, wurde übrigens im Wissenschafts-Blog *ScienceFiles* gut nachvollziehbar erörtert.²

Von einem behaupteten Pluralismus seitens der BRD kann wohl keine Rede sein, da jegliche rechte Position verdammt wird und der von einem „breiten Bündnis“ mitgetragene „Kampf gegen rechts“ vielmehr einer ideologisch gleichgeschalteten Hegemonie entspricht, bei der eine linke Vorherrschaft unzweifelhaft an der Tagesordnung liegt.

Der als Merkmal für „Rechtsextremismus“ aufgeführte „Antipluralismus“ richtet sich also gegen die Agitatoren selbst.

Wie eine „aggressive, extrem gewaltbereite Fremdenfeindlichkeit als Ergebnis einer Wiederbelebung rassistischen und damit verbunden antisemitischen Gedankenguts“ aussehen soll, weiß ich nicht. Dass die als „rechtsextrem“, Naaazis etc. eingestuften Deutschen jedenfalls ohne äußeren Anlass fremdenfeindlich seien, kann ich nicht bejahen - auch nicht in Hinblick auf Flüchtlinge oder sog., die von Antideutschen gern instrumentalisiert werden, indem damit im Zusammenhang stehende Brandanschläge auf Asylheime gern als Tat von „Rechtsextremen“ oder Naaazis propagiert werden. Eine vor wenigen Jahren sorgfältig erstellte Tabelle³, die bis zum 7. Januar 2016 232 (verlinkte) Fälle von Bränden in Asylheimen aufführte und damit darlegt, dass die allermeisten Brände entweder von Bewohnern selbst gelegt oder nicht aufgeklärt wurden (was auch FalseFlag-Aktionen von Linken impliziert), wurde nicht mehr weitergeführt, nachdem die Polizei Anweisungen bekommen hatte, Vergehen von Flüchtlingen nicht mehr öffentlich zu machen.⁴

Ich weiß nicht, wer den Wunsch nach einem „Führerstaat“ mit „militärischen Ordnungsprinzipien (Militarismus)“ hegt, aber es ist offenkundig, dass viele Menschen in der BRD nicht zufrieden sind mit der derzeitigen, mantra-mäßig vorgebrachten „Demokratie“, von der offenbar effektiv nur diejenigen zehren können, die sich ideologisch in den Dienst dieser stellen, politisch korrekt agieren und sich damit politisch links einordnen. Es gibt auf der linken Seite wohl die ein oder andere Ausnahme, aber diese dürfte dann von der totalitär eingestellten Mehrheit eher auf rechter Position eingeordnet werden - was sicherlich nicht schlimm ist und den gewünschten Pluralismus widerspiegelt, gegen den der Verfassungsschutz doch nichts einzuwenden haben dürfte. Oder doch?

¹ <https://verbotenesarchiv.wordpress.com/2014/11/24/zwei-seiten-desselben-schekels/>

² <https://sciencefiles.org/2016/03/22/rassismus-laesst-den-rubel-rollen-die-vom-rassismus-leben/>

³ https://docs.google.com/spreadsheets/d/1n7m9T09kLn0dNU_v6NIR58sLLMWbfVp8W2pkKVdi_cM/htmlview?pli=1#gid=0

⁴ <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/01/09/hessen-und-nrw-polizei-darf-vergehen-von-fluechtligen-nicht-oeffentlich-machen/>